

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Ursula Fischer und der Gruppe der PDS/Linke Liste

Demokratisierungsprozeß in Südafrika

Am 25. September 1992 (Drucksache 12/3312) versicherte die Bundesregierung, daß das Ziel ihrer Südafrika-Politik unverändert ist, „die rechtliche und tatsächliche Abschaffung der Apartheid. Bei allen politischen Kontakten hat die Bundesregierung die südafrikanische Regierung nie im Zweifel über diese Zielvorstellung gelassen und immer darauf gedrängt, den eingeleiteten Demokratisierungsprozeß zügig zu Ende zu führen.“

Südafrika überschwemmt seit Ende März erneut eine Welle der Gewalt, deren Ursachen in der Apartheid liegen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Hat die Bundesregierung Kenntnisse über die jüngste Eskalation der Gewalt in Südafrika?
2. Hat die Bundesregierung ihre Sorge darüber der südafrikanischen Regierung gegenüber zum Ausdruck gebracht, wenn nein, warum nicht?
3. Kann die Bundesregierung die Annahme widerlegen, daß die Gewalttätigkeiten im Zusammenhang mit den Mehrparteien-Gesprächen im April dieses Jahres im Zusammenhang stehen, deren Hauptziel darin bestehen soll, den Verhandlungsprozeß über den Übergang von der Apartheid zur Demokratie in Südafrika wieder in Gang zu bringen?
4. Ist die Bundesregierung bereit, sich vermittelnd einzuschalten, damit der ins Stocken geratene Demokratisierungsprozeß gezielt fortgesetzt werden kann?
5. Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung dazu bereits 1993 unternommen, und welche Initiativen beabsichtigt sie, in diesem Jahr noch zu unternehmen?
6. Bestehen Direktkontakte zwischen der Bundesregierung und der Goldstone Commission, und ist die Bundesregierung bereit, mit ihr zusammenzuarbeiten, wenn nein, warum nicht?
7. Wie beurteilt die Bundesregierung die Internationale Solidaritätskonferenz des ANC „Von der Apartheid zum Frieden, zu

Demokratie und Entwicklung" vom 19. bis 21. Februar 1993 in Johannesburg, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus möglicherweise für die Südafrika-Politik der Bundesregierung?

8. Wie ist die Haltung der Bundesregierung im Hinblick auf die Entschließung des Nationalen Exekutivkomitees des ANC vom Februar 1993 zur Sanktionsfrage, insbesondere in bezug auf die strikte Einhaltung des Waffen- sowie Ölembargos bis zur Einsetzung einer demokratischen Regierung in Südafrika?
9. Ist die Bundesregierung bereit, offizielle Beobachter nach Südafrika zu entsenden, die zur Eindämmung der Gewalt und zur reibungslosen Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Wahlen beitragen könnten, wenn nein, warum nicht?
10. Wäre die Bundesregierung auch bereit, sich an einem Gesamtteam zur internationalen Wahlbeobachtung unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und der Organisation Afrikanischer Staaten zu beteiligen, wenn nein, warum nicht?

Bonn, den 2. April 1993

Dr. Ursula Fischer
Dr. Gregor Gysi und Gruppe